

Jankowski, Michael

Article — Published Version

Das Schließen der Repräsentationslücke? Die Wählerschaft des Bündnis Sahra Wagenknecht – Eine Analyse basierend auf Paneldaten

Politische Vierteljahresschrift

Provided in Cooperation with:

Springer Nature

Suggested Citation: Jankowski, Michael (2024) : Das Schließen der Repräsentationslücke? Die Wählerschaft des Bündnis Sahra Wagenknecht – Eine Analyse basierend auf Paneldaten, Politische Vierteljahresschrift, ISSN 1862-2860, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, Vol. 66, Iss. 2, pp. 357-379,
<https://doi.org/10.1007/s11615-024-00583-6>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/323506>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Das Schließen der Repräsentationslücke? Die Wählerschaft des Bündnis Sahra Wagenknecht – Eine Analyse basierend auf Paneldaten

Michael Jankowski 

Eingegangen: 18. August 2024 / Überarbeitet: 4. November 2024 / Angenommen: 8. November 2024 /
Online publiziert: 9. Dezember 2024
© The Author(s) 2024

Zusammenfassung Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hat sich trotz seiner erst kürzlichen Gründung bereits zu einem relevanten Akteur im deutschen Parteiensystem entwickelt. Der vorliegende Beitrag liefert eine umfassendere Betrachtung der BSW-Wählerschaft, basierend auf Paneldaten der GLES. Durch die Verwendung von Paneldaten ist es nicht nur möglich die aktuellen Einstellungen der BSW-Anhänger:innen zu beschreiben, sondern auch deren Veränderungen im Zeitverlauf zu verfolgen. Die Analyse zeigt drei wesentliche Punkte: (1) Das BSW bekommt insbesondere Zulauf von ehemaligen Linken-Anhänger:innen sowie von Wähler:innen, die sich nach der Bundestagswahl 2021 von den etablierten Parteien abgewendet haben und zwischenzeitlich mit der AfD sympathisierten. Die Gründung des BSW und das Absinken der AfD in den Umfragen hängen somit zusammen. (2) Das BSW schließt eine Repräsentationslücke im deutschen Parteiensystem. Die jetzigen BSW-Anhänger:innen unterschieden sich schon vor mehreren Jahren – als die Gründung des BSW nicht zur Debatte stand – von den anderen Befragten, selbst wenn man für früheres Wahlverhalten kontrolliert. Dies gilt insbesondere für die Einstellungen zur Regulierung von Zuwanderung. (3) Die BSW-Anhänger:innen zeigten auch früher schon kritische Einstellungen zur (repräsentativen) Demokratie (niedrige Demokratiezufriedenheit und hoher Populismus). Insgesamt legen die Ergebnisse den Schluss nahe, dass das BSW über eine distinkte Wählerschaft verfügt, was zur weiteren Etablierung im deutschen Parteiensystem beitragen sollte.

Schlüsselwörter Bündnis Sahra Wagenknecht · BSW · Repräsentation · Ideologie · Wahlverhalten · Populismus · Paneldaten · GLES

✉ Michael Jankowski
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 114–118, 26111 Oldenburg,
Deutschland
E-Mail: michael.jankowski@uol.de

Closing the Representation Gap? The Electorate of the Bündnis Sahra Wagenknecht—An Analysis Based on Panel Data

Abstract Despite its recent founding, the Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) has already developed into a relevant player in the German party system. This article provides a more comprehensive look at the BSW electorate based on panel data from the German Longitudinal Election Study. By using panel data, it is possible not only to describe the current attitudes of BSW supporters but also to track their changes over time. The analysis shows three key points: (1) The BSW is particularly popular with former left-wing supporters and voters who turned away from the established parties after the federal election of 2021 and have since sympathized with the Alternative for Germany (AfD) party. The founding of the BSW and the decline of the AfD in the polls are therefore linked. (2) The BSW closes a representation gap in the German party system. Already many years ago—when the founding of the BSW was not up for debate—respondents who now support the BSW were different from the other respondents, even when previous voting behavior is controlled for. This is particularly true for attitudes toward regulating immigration. (3) The BSW supporters have also previously shown critical attitudes toward (representative) democracy (low satisfaction with democracy and high populism). Overall, the results suggest that the BSW has a distinct electorate, which should contribute to its further establishment in the German party system.

Keywords Bündnis Sahra Wagenknecht · BSW · Representation · Ideology · Voting behavior · Populism · Panel data · GLES

1 Einleitung

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ist auf dem Weg, sich im deutschen Parteiensystem zu etablieren. Gegründet im Januar 2024, gelang bereits im Mai 2024 mit 6,2% der Stimmen der Einzug ins Europaparlament als fünftstärkste Kraft. Damit schnitt das BSW mehr als doppelt so gut ab wie Die Linke, aus der es hervorgegangen ist. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen kam das BSW direkt auf zweistellige Ergebnisse und kann in allen drei Ländern – Stand 4. November 2024 – auf Regierungsbeteiligungen hoffen. Auch der Einzug in den Bundestag 2025 ist, nach derzeitigen Stand, wahrscheinlich.

Dem BSW wird entsprechend viel mediale und akademische Aufmerksamkeit geschenkt. Sowohl die Selbstbeschreibung als auch die ersten Forschungsbeiträge sehen in dem BSW eine Partei, die wirtschaftspolitisch linke Positionen mit gesellschaftspolitisch konservativen Positionen kombiniert (Wagner et al. 2023; Thomeczek 2024b; Emmeler und Seikel 2024). Diese Positionierung ist im deutschen Parteiensystem einzigartig und auch im europäischen Vergleich selten (siehe Abb. 1; Steiner und Hillen 2021). Die meisten Parteien sind auf beiden Dimensionen „links“ bzw. „rechts“ positioniert. Während mit der FDP eine Partei existiert, bei der ökonomisch „rechte“ Positionen mit gesellschaftlich vergleichsweise progressiven Positionen kombiniert werden, fehlt es an einer hierzu punktsymmetrisch positionierten

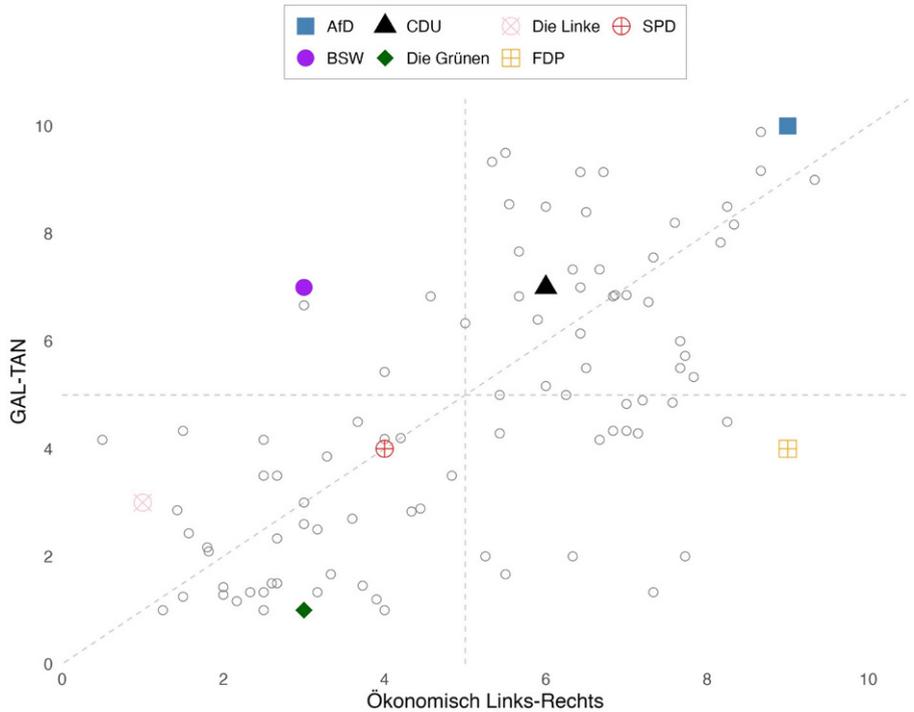


Abb. 1 Zweidimensionaler Politikraum in Westeuropa und Position der deutschen Parteien (Anmerkung: Die Grafik zeigt anhand der *kleinen grauen Kreise* die Positionierung von westeuropäischen Parteien, basierend auf den 2023er-Daten des Chapel Hill Expert Surveys (CHES; Hooghe et al. 2024). Nur Parteien mit mind. 5% der Sitze im Parlament werden berücksichtigt. Positionen der deutschen Parteien basieren auf dem „German Parties before the European Elections 2024“ Expert-Surveys von Thomeczek et al. (2024). *Diagonale Linie* zeigt die $x = y$ Diagonale. „GAL-TAN“ steht für „Green-Alternative-Libertarian vs. Traditional-Authoritarian-Nationalist“ des CHES Surveys und korrespondiert mit dem Konzept der gesellschaftspolitischen Links-Rechts-Dimension.)

erfolgreichen Partei. Es liegt daher nahe, im BSW den Versuch zu sehen, eine bestehende Repräsentationslücke im deutschen Parteiensystem zu schließen. Wähler:innen mit Einstellungen, die sich ökonomisch links der AfD und CDU/CSU einordnen, bei gesellschaftspolitischen Themen jedoch eher diesen Parteien zuneigen, könnten durch das BSW erreicht werden (allgemeiner hierzu: Hillen und Steiner 2020).

Neben dieser inhaltlichen Verortung des BSW im zweidimensionalen Politikraum weist die Forschung auch auf das populistische Profil des BSW hin. Thomeczek (2024a) zeigt dies empirisch anhand von Reden und Presstexten der BSW-Abgeordneten. Dies deutet darauf hin, dass das BSW nicht nur durch die beschriebene inhaltliche Positionierung an Zulauf gewinnt, sondern auch durch die dem Populismus inhärente Anti-Establishment-Haltung. Frühere Studien haben gezeigt, dass populistische Parteien unter anderem von Wähler:innen gewählt werden, die ebenfalls populistische Einstellungen aufweisen (Steiner und Landwehr 2018; Akkerman et al. 2014). Damit bietet das BSW nicht nur eine inhaltliche Alternative im Partei-

enspektrum, sondern könnte sich auch von den meisten anderen etablierten Parteien durch eine Kritik an bestehenden Mustern politischer Repräsentation profilieren (Marcos-Marne et al. 2020).

Die bisherigen Forschungsbeiträge zur BSW-Wählerschaft scheinen diese Befunde im Wesentlichen zu bestätigen. Der frühe Beitrag von Wagner et al. (2023), welcher die Präferenz für das BSW über ein Proxy-Maß misst, zeigt, dass das BSW für verschiedene politische Lager – sowohl für AfD- als auch Linke-Wähler:innen – von Interesse sein könnte. Eine Analyse von Thomeczek (2024b) kommt zu dem Schluss, dass das BSW sowohl Wähler:innen von Kleinstparteien als auch von Linke, SPD und AfD mobilisiert. Roose (2024) liefert eine erste Kartierung der Einstellungen der BSW-Wählerschaft und zeigt, dass diese moderate wirtschaftspolitische Einstellungen aufweist, sich bei Fragen nach der Begrenzung von Zuwanderung jedoch zwischen CDU/CSU und AfD wiederfindet.

Der vorliegende Beitrag ergänzt die Forschung zur BSW-Wählerschaft. Der entscheidende Mehrwert gegenüber den bestehenden Befunden liegt in einer ersten, umfassenden Analyse der BSW-Anhängerschaft, basierend auf den Daten des GLES-Panels (GLES 2023). Im GLES-Panel wurde in Panelwelle 26 (Erhebungszeitraum: Juni 2024) erstmals die Wahlabsicht für das BSW abgefragt. Die Verwendung des GLES-Panels ermöglicht es, einige methodische Hindernisse zu überwinden, welche die Aussagekraft von Querschnittsstudien einschränken. Ein zentrales Problem bei der Nutzung von Querschnittsdaten ist, dass die Befunde durch Endogenität beeinflusst sein können. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn die Identifikation mit dem BSW zu einer Veränderung in den Einstellungen der BSW-Wähler:innen führt, wie es beispielsweise die Forschung zu „Party Cues“ nahelegt (Campbell et al. 1960; Leeper und Slothuus 2014; Lenz 2012). Ist dies der Fall, würden Einstellungsunterschiede erst durch die Identifikation mit dem BSW verursacht werden. Durch Paneldaten kann dieses Problem umgangen werden, da dieselben Einstellungen bei den gleichen Personen zu früheren Zeitpunkten gemessen wurden und somit auch schon zu Zeiten, in denen die Gründung des BSW noch nicht debattiert wurde. Hierdurch ist es erstmals möglich zu prüfen, ob sich die heutigen BSW-Sympathisant:innen schon in der Vergangenheit systematisch von anderen Wähler:innen unterschieden haben. Die lange Historie und hohe Fallzahl des GLES-Panels, mit den ersten Erhebungswellen im Jahr 2016, ist hierfür besonders geeignet. Gleichzeitig erlaubt die Verwendung von Paneldaten auch eine validere Messung früherer Einstellungen bzw. Verhaltens. Bisherige Querschnittsstudien waren bspw. darauf angewiesen das mehrere Jahre zurückliegende Wahlverhalten über „Recall“-Fragen zu erheben, was zu Messfehlern führen kann.

Der vorliegende Beitrag analysiert daher konkret drei Fragestellungen, basierend auf dem GLES-Panel:

1. Wie haben sich die jetzigen BSW-Anhänger:innen bei der Bundestagswahl 2021 verhalten und wie haben sich die Parteipräferenzen über die Zeit entwickelt?
2. Wie positionieren sich die BSW-Wähler:innen bei zentralen politischen Themen und wie haben sich diese Positionen im Laufe der Zeit entwickelt?

3. Wie haben sich die politischen Einstellungen der BSW-Anhänger:innen bei Fragen der politischen Repräsentation (Zufriedenheit mit der Demokratie, Populismus) entwickelt?

Die erste Fragestellung ermöglicht ein besseres Verständnis der Wählerwanderungen, was vor dem Hintergrund der volatilen Umfragen interessant ist. Aus theoretischer Perspektive sind die anderen beiden Fragestellungen ergiebiger. Die zweite Fragestellung adressiert direkt die Frage der Repräsentationslücke und zielt nicht nur darauf ab, ob BSW-Anhänger:innen *derzeit* die inhaltlichen Positionen des BSW teilen, sondern auch, ob dies *früher* schon so war. Die dritte Fragestellung zielt in eine ähnliche Richtung, fragt jedoch nach den eher grundsätzlichen Positionierungen zur Funktionsweise der repräsentativen Demokratie. Sind die BSW-Anhänger:innen populistischer, und wenn ja, seit wann?

Durch diese zeitliche Betrachtung lässt der Beitrag auch Rückschlüsse auf das Rückgewinnungspotenzial der BSW-Wähler:innen für die anderen Parteien zu. Wenn die BSW-Wähler:innen eher kurzfristig ihre Einstellungen angepasst haben, dann handelt es sich vermutlich um weniger gefestigte Einstellungen. Dies sollte die Möglichkeit zur Rückgewinnung durch die anderen Parteien erhöhen. Wenn die BSW-Wähler:innen jedoch schon seit langer Zeit deutlich andere Positionen aufweisen, deutet dies auf gefestigte inhaltliche Positionen hin, die durch das BSW bedient werden. In diesem Fall sollte es schwieriger sein, die Wähler:innen zurückzugewinnen.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Im nächsten Abschnitt werden die Datenbasis und die Operationalisierung zentraler Variablen besprochen. Die restlichen Abschnitte widmen sich der Beantwortung der eben genannten Fragen. Im letzten Abschnitt werden die Befunde diskutiert und Anschlussfragen für die zukünftige Forschung formuliert.

2 Datenbasis und Methodisches Vorgehen

Das GLES-Panel ist eine von der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung und GESIS durchgeführte Panel-Befragung (GLES 2023). Die Wellen erscheinen unregelmäßig. Die jüngste und für diesen Beitrag entscheidende Welle ist Nummer 26. Sie wurde vom 12. Juni 2024 bis zum 26. Juni 2024 erhoben und im August 2024 veröffentlicht (Roßteutscher et al. 2024). Das GLES-Panel umfasst mehrere tausend Befragte. Die Befragten müssen nicht an jeder Welle teilnehmen, wodurch es zu fehlenden Werten für manche der Befragten bei einzelnen Wellen kommen kann. Trotzdem bietet das Panel die seltene Möglichkeit, die Einstellungen von Individuen über einen langen Zeitraum hinweg zu verfolgen. Viele zentrale politikwissenschaftliche Konzepte werden entweder in jeder Welle oder zumindest mit hinreichender Regelmäßigkeit abgefragt, um Analysen über die Zeit hinweg zu ermöglichen.

2.1 Messung der Wahlabsicht

BSW-Wähler:innen werden anhand ihrer Antwort zur Sonntagsfrage in Panelwelle 26 (durchgeführt in Juni 2024) identifiziert.¹ Dabei geben die Befragten ihre hypothetische Wahlabsicht mit der Zweitstimme an, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Alternativ wäre in Panelwelle 26 auch die Recall-Frage zur Europawahl enthalten, welche stark mit den Angaben zur Sonntagsfrage korreliert. Aufgrund der Besonderheiten des Wahlverhaltens bei Europawahlen wird diese Variable jedoch nicht in der Analyse verwendet.

Um die früheren Parteipräferenzen der Befragten zu analysieren, werden außerdem die Wahlabsichten zu früheren Zeitpunkten gemessen. Konkrete Referenzpunkte sind zum einen die vorherige Erhebungswelle (Panelwelle 25), die im Oktober 2023 erhoben wurde. Zu dieser Zeit wurde nur über die Gründung des BSW spekuliert, und die AfD hatte in den Umfragen einen enormen Zulauf mit Werten von über 20%. Die Befragten konnten somit in der Befragung keine Wahlabsicht für das BSW äußern, da weder das BSW gegründet war noch die Umfrage eine solche Kategorie abgefragt hat. Diese Panelwelle ermöglicht somit die Messung der Wahlabsicht unmittelbar vor der Gründung des BSW.

Zum anderen wird in der Analyse auch die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 als Referenzpunkt genutzt. Ausgangspunkt für die Messung ist Panelwelle 20, die unmittelbar nach der Bundestagswahl im September und Anfang Oktober 2021 erhoben wurde. Diese Befragung enthält eine Recall-Frage zur Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl. Wenn eine Person bei dieser Frage einen fehlenden Wert aufweist (bspw. weil sie sich nicht an der Panelwelle beteiligt hat), nutze ich die gleiche Recall-Frage aus Panelwelle 21 (Erhebungszeitraum: Dezember 2021) und verwende das dort angegebene Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021. Weist auch dieser Datenpunkt einen fehlenden Wert auf, dann nutze ich die in Panelwelle 19 (unmittelbar vor der Bundestagswahl 2021 im September 2021 durchgeführt) angegebene beabsichtigte Wahlabsicht für die Bundestagswahl 2021. Wenn auch dieser Wert fehlt, wiederhole ich das Vorgehen mit Panelwelle 18 (erhoben im August 2021). Weist ein:e Befragte:r in allen dieser Panelwellen fehlende Werte auf, dann ist auch das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021 fehlend.

2.2 Messung von politischen Einstellungen

Um die Entwicklung der politischen Einstellungen zu analysieren, wird wie folgt vorgegangen: Grundlage sind zunächst die Positionierungen zu zentralen politischen Themen, die regelmäßig im GLES-Panel abgefragt werden. Grundsätzlich bietet das GLES-Panel eine Vielzahl an Items, die zur Operationalisierung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Positionen genutzt werden können. Für die Hauptanalyse werden die folgenden zwei Items gewählt, da es sich um etablierte Items der Umfrageforschung handelt und sie in nahezu jeder Panelwelle abgefragt wurden.

¹ In diesem Artikel wird abwechselnd von BSW-Wähler:innen oder Anhänger:innen gesprochen, auch wenn hiermit das gleiche gemeint ist. Streng genommen kann über die Befragung natürlich kein echtes Wahlverhalten beobachtet werden.

Einstellungen zur sozioökonomischen Dimension werden über die Frage *„Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet; andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie ist Ihre Meinung zu diesem Thema?“* (Item: kp*_1090) erhoben. Die Antwortoptionen auf einer 7er-Skala reichen von *„(1) weniger Steuern und weniger sozialstaatliche Leistungen“* bis *„(7) mehr sozialstaatliche Leistungen und mehr Steuern“*. Positionen zur gesellschaftspolitischen Dimension werden über die Frage zur Erleichterung von Zuwanderung erhoben. Der Frage-*text lautet hier: „Jetzt geht es um Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer. Sollten die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden? Wie ist Ihre Meinung zu diesem Thema?“* Auch hier reichen die Antworten von *„(1) Zuzug von Ausländern erleichtern“* bis zu *„(7) Zuzug von Ausländern einschränken“*. Um die Übertragbarkeit dieser Befunde auf andere Themenbereiche zu testen, werden im Online-Anhang zahlreiche weitere Items analysiert und die wichtigsten Befunde im Artikel zusammengefasst.

2.3 Einstellungen zur Demokratie

Für die Analyse von Einstellungen zur politischen Repräsentation werden maßgeblich zwei Konzepte gemessen. Zunächst das etablierte Konzept zur allgemeinen Demokratiezufriedenheit. Das Konzept wurde ebenfalls in vielen Panelwellen erhoben und fragt: *„Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“* (Itemcode: kp*_020). Die Antworten können auf einer 5er-Skala angegeben werden und reichen von *„(1) sehr zufrieden“* bis *„(5) sehr unzufrieden“*. Zusätzlich werden auch die populistischen Einstellungen der Befragten gemessen. Das GLES-Panel enthält hierfür acht Items welche seit Panelwelle 5 (August 2017) regelmäßig abgefragt werden (Itemcode: kp*_3103a–h). Diese Items umfassen Aussagen wie bspw. *„Politiker reden zu viel und handeln zu wenig“* oder *„Die Unterschiede zwischen dem Volk und der sogenannten Elite sind viel größer als die Unterschiede innerhalb des Volkes“*. Damit zielen die Aussagen auf die Kontrastierung zwischen einem „guten Volk“ und einer „bösen, korrupten Elite“ im Sinne der Populismus-Minimaldefinition von Mudde (2004). Populismus wird gemessen als durchschnittliche Zustimmung zu den Items pro Panelwelle. Die Antwortskala geht ebenfalls von 1–5, wobei 5 maximal populistische Einstellungen impliziert.

2.4 Modellierung

Die statistische Berechnung basiert auf folgender Überlegung. Es soll analysiert werden, ob bzw. wie sich die Einstellungen der BSW-Anhänger:innen verglichen mit Anhänger:innen anderer Parteien über die Zeit entwickelt haben. Dies impliziert ein Regressionsmodell in dem sowohl die Panelwelle als auch die Wahlabsicht für das BSW aufgenommen und miteinander interagiert werden. Wie oben beschrieben wird die Wahlentscheidung für das BSW im Juni 2024 (Panelwelle 26) gemessen und kann anschließend an alle früheren Panelwellen gemerged werden.

Ein solches Modell testet, ob es zu früheren Zeitpunkten bereits signifikante Unterschiede zwischen den späteren BSW-Anhänger:innen und den anderen Befragten gegeben hat. Das Problem hierbei ist, dass das BSW möglicherweise aus unterschiedlichen Richtungen Zulauf bekommt und sich daher Unterschiede in den Einstellungen gegenseitig aufheben könnten. Ein Beispiel: Wenn das BSW Zulauf von Personen bekommt denen die Migrationspolitik der AfD zu radikal ist, die Migrationspolitik der SPD aber zu moderat, dann würde dies dafür sprechen, dass das BSW sowohl von „moderaten“ AfD-Anhänger:innen als auch „radikaleren“ SPD-Anhänger:innen gewählt wird. Die von der AfD gewonnen Wähler:innen wären also „linker“ als die Kernwähler:innen der AfD, während die von der SPD gewonnen Wähler:innen „rechter“ als die SPD-Kernwählerschaft wäre. Um hierfür zu kontrollieren, wird zusätzlich auch die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 mit ins Modell aufgenommen und ebenfalls mit der Panelwelle und der BSW-Wahlabsicht im Juni 2024 interagiert. Das Modell sieht damit wie folgt aus:

$$DV_{i,j} = \alpha_{i,j} + \beta_1 \times \text{Panelwelle}_j + \beta_2 \times \text{BSW}_i + \beta_3 \times \text{BTW21}_i + \beta_4 \\ \times \text{Panelwelle}_j \times \text{BSW}_i + \beta_5 \times \text{Panelwelle}_j \times \text{BTW21}_i + \beta_6 \times \text{BSW}_i \\ \times \text{BTW21}_i + \beta_7 \times \text{Panelwelle}_j \times \text{BSW}_i \times \text{BTW21}_i + \varepsilon_{i,j}$$

Hierbei steht der Index i für die Befragten und der Index j für die jeweilige Panelwelle. Die abhängige Variable $DV_{i,j}$ misst die Einstellung der befragten Person zu den jeweils oben beschriebenen Items einer bestimmten Panelwelle. Aufgrund der großen Fallzahl im GLES Panel sind genug Beobachtungen vorhanden, um die dreifache Interaktion schätzen zu können.² Alle unabhängigen Variablen, auch die Panelwellen, werden als kategoriale Variablen in das Modell eingeschlossen.³ Die abhängigen Variablen werden jeweils als quasi-metrisch behandelt. Aufgrund der fehlenden Unabhängigkeit der Beobachtungen, werden die Standardfehler auf Ebene der Befragten geclustert.

3 Wen haben die BSW-Wähler:innen früher gewählt?

Abb. 2 bildet die Wahlabsichten der BSW-Anhänger:innen bei der Bundestagswahl 2021 und im Oktober 2023 ab. Um die unterschiedlichen Fallzahlen zu berücksichtigen, werden die Werte als Prozent an der Gesamtwählerschaft der jeweiligen Partei dargestellt. Beispielsweise zeigen die Werte für Oktober 2023, dass von den damaligen AfD-Wähler:innen 14 % zum BSW gewechselt sind. Von den AfD-Wähler:innen bei der Bundestagswahl 2021 sind hingegen nur etwa 6,6 % zum BSW gewechselt. Es ist wichtig, diese Werte daher nicht als relative Wähleranteile innerhalb der BSW-Wählerschaft zu verstehen (siehe hierfür Abb. 4 weiter unten),

² Über 7800 Befragte haben an der Panelwelle 26 im Juni 2024 teilgenommen und eine gültige Antwort auf die Wahlabsichtsfrage gegeben. Durch das Mergen mit den anderen Panelwellen ist das N pro Panelwelle unterschiedlich groß, aber umfasst immer mehrere tausend Befragte pro Welle.

³ Die angegebene Modellspezifikation ist somit eine Vereinfachung, da BTW21 und Panelwelle jeweils mehrere Kategorien umfassen, für die jeweils einzelne Dummy-Variablen gebildet werden müssen.

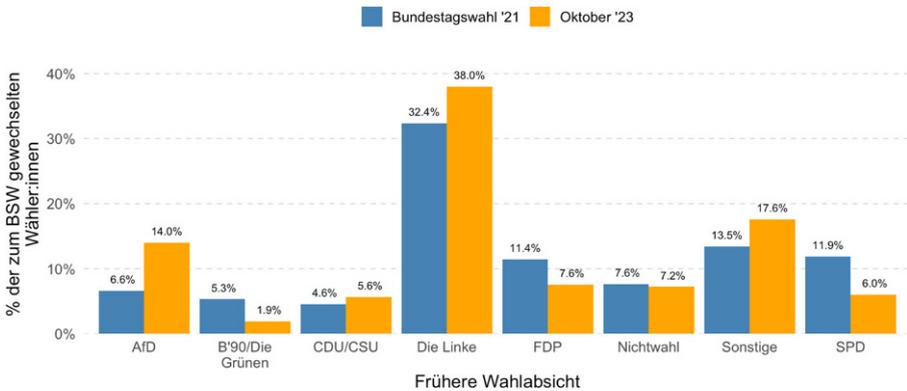


Abb. 2 Anteil an jeweiliger Parteianhängerschaft bei der Bundestagswahl 2021 bzw. im Oktober 2023 mit Wahlabsicht für das BSW im Juni 2024 (Anmerkungen: *Balken* zeigen den Prozentsatz an Befragten, die zu dem jeweiligen Zeitpunkt eine Wahlabsicht für die Partei auf der x-Achse angegeben haben und im Juni 2024 eine Wahlabsicht für das BSW hatten.)

sondern vielmehr vor dem Hintergrund, welche Parteien am meisten Wähleranteile in Richtung BSW verloren haben.

Die Abbildung zeigt zunächst, dass insbesondere Die Linke Wähler:innen an das BSW verloren hat. Etwa 32% derer, die bei der Bundestagswahl 2021 noch Die Linke wählten, geben nun eine BSW-Wahlabsicht an. Basierend auf den Werten aus Oktober 2023 sind es sogar 38% der Wähler:innen. Gegeben der Abspaltung des BSW aus der Linken sind diese Ergebnisse erwartbar. Auch das heterogene Lager der Kleinparteien wird durch das BSW geschwächt. Gegeben der elektoralen Schwäche dieser Parteien, sind dies in absoluten Zahlen relativ wenige Wählerstimmen. Es zeigt aber, dass das BSW für einen relevanten Teil derer, die vorher unter den anderen großen Parteien keine Wahloption gesehen haben, nun eine wählbare Option darstellt. Gleiches gilt auch für die Gruppe der Nichtwähler:innen. 7,6% (Bundestagswahl 2021) bzw. 7,2% (Oktober 2023) derer, die nicht zur Wahl gehen wollten, sind zum BSW gewechselt. Gegeben der notorischen Unterschätzung des Nichtwähleranteils in Umfragen ist dies eine kleine Fallzahl in den Daten. Es deutet aber erneut darauf hin, dass das BSW manche Personen zur Wahl motiviert, die sich vorher nicht ausreichend repräsentiert fühlten (Hillen und Steiner 2020).

Besondere Aufmerksamkeit bedürfen die Werte für AfD und SPD. Mit 6,6% hat die AfD gemessen an ihrer Wählerschaft aus 2021 nur einen geringen Personenanteil an das BSW verloren. Hierbei ist zu bedenken, dass die AfD mit 10,3% an Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2021 deutlich schlechter abschnitt, verglichen zu den Umfragewerten aus Oktober 2023, als sie bei über 20% lagen. Vor diesem Hintergrund ist es umso relevanter, dass der Anteil derer, die im Oktober 2023 noch AfD wählen wollten und nun zum BSW gewechselt sind, bei 14% liegt. Die Kombination beider Ergebnisse legt den Schluss nahe, dass das BSW zwar nicht die Kernwählerschaft der AfD erreicht, dafür aber umso mehr jene, die sich zwischen der Bundestagswahl 2021 und Oktober 2023 von den anderen Parteien abgewendet haben.

Ein umgekehrtes Bild zeigt sich für die SPD. Knapp 12% derer, die bei der Bundestagswahl 2021 die SPD gewählt haben, sind zum BSW gewechselt. Dies ist vor dem Hintergrund des starken Zweitstimmenergebnisses der SPD bei der Bundestagswahl 2021 besonders relevant. Ein erheblicher Teil der BSW-Wählerschaft setzt sich daher auch aus SPD-Wähler:innen der Bundestagswahl 2021 zusammen. Nimmt man hingegen Oktober 2023 als Ausgangspunkt für die Analyse, zeigt sich hier das umgekehrte Bild zur AfD. Die Anzahl an SPD-Wähler:innen war hier bereits deutlich geringer und der Anteil hiervon, der später zum BSW gewechselt ist, liegt nur bei 6%. Dies bedeutet, dass die SPD schon vor Oktober 2023 Wähler:innen an andere Parteien verloren hat. Das gleiche Muster wie bei der SPD zeigt sich auch für die Wähler:innen der FDP. Die FDP hat etwa 11% ihrer Wähler:innen der Bundestagswahl 2021 an das BSW verloren. Nimmt man jedoch die noch bestehende FDP-Wählerschaft im Oktober 2023 als Ausgangsbasis, dann fällt dieser Anteil deutlich geringer aus.

Um diese Wählerwanderungen genauer nachvollziehen zu können kann eine neue Variable erstellt werden, bei welcher die Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl 2021 und im Oktober 2023 kombiniert werden. Ein:e Wähler:in, die bei der Bundestagswahl noch SPD gewählt hat und im Oktober 2023 zur AfD gewechselt ist, hätte bspw. den Eintrag „SPD → AfD“. Da manche Kombinationen sehr selten vorkommen, werden Kombinationen, die weniger als 0,5% der Fälle ausmachen zu einer Kategorie „Andere Kombination“ zusammengefasst. Basierend auf dieser

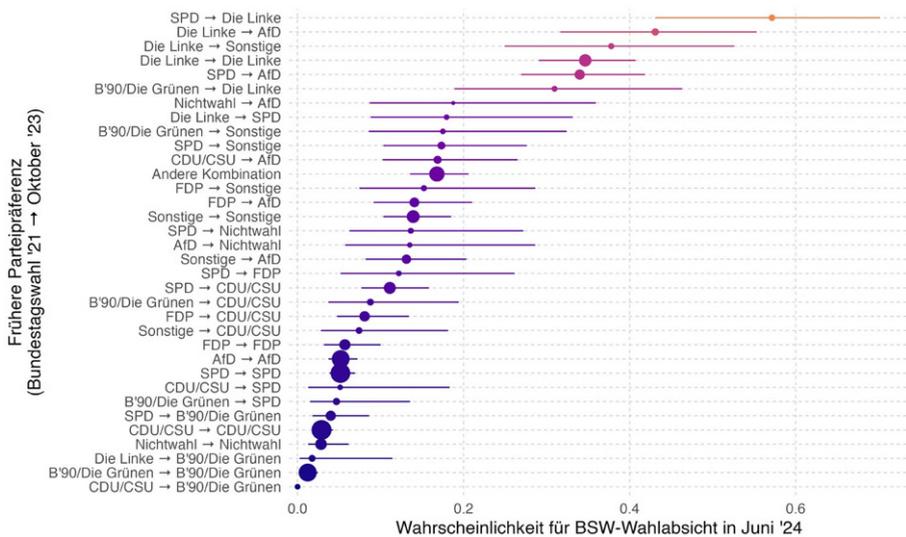


Abb. 3 Frühere Wahlentscheidungen (bei der Bundestagswahl 2021 und im Oktober 2023) und Wahrscheinlichkeit für BSW-Wahlabsicht im Juni 2024 (Anmerkungen: Ergebnisse zeigen geschätzte Wahrscheinlichkeiten, basierend auf einer logistischen Regressionsanalyse. Horizontale Balken sind 95% Konfidenzintervalle. Größe der Punkte gibt relativen Anteil der jeweiligen Parteipräferenzkombination am Gesamtsample an.)

Variablen kann dann die Wahrscheinlichkeit der Wahlabsicht für das BSW im Juni 2024 geschätzt werden.⁴

Die Ergebnisse dieser Analyse sind in Abb. 3 abgebildet. Es fällt auf, dass einige wenige Kombinationen eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit haben, für das BSW zu stimmen. Bei den meisten dieser Kombinationen haben die Befragten zu früheren Zeitpunkten Linke, SPD und/oder AfD gewählt. Die höchste Wahrscheinlichkeit das BSW zu wählen, haben ehemalige SPD-Wähler:innen, die zwischenzeitlich zur Linken gewechselt sind. Danach folgen Personen, die von Die Linke zur AfD bzw. zu den Sonstigen gewechselt sind. Alle drei Profile kommen aber insgesamt in der Befragung nicht allzu häufig vor, was in der Abbildung durch die Punktgröße symbolisiert wird. Ein häufig vorkommendes Profil sind hingegen Personen, die zu beiden vorherigen Befragungszeitpunkten eine Wahlabsicht für die Linken angegeben haben. Dies bestätigt die Annahme, dass das BSW einen Teil der Kernwählerschaft der Linken abzieht. Vergleichsweise häufig kommt auch das Profil von Personen vor, die

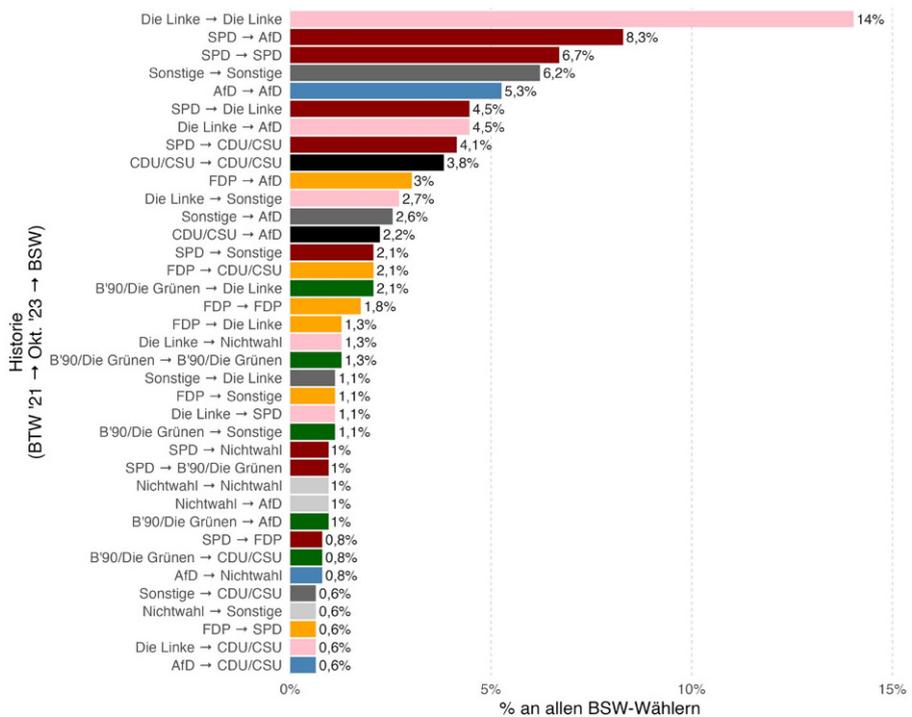


Abb. 4 Anteile an ehemaligen Parteipräferenzen (bei der Bundestagswahl 2021 und im Oktober 2023) an der BSW-Wählerschaft (Juni 2024) (Anmerkungen: Profile mit einem Anteil an der BSW-Wählerschaft von weniger als 0,5% sind nicht abgebildet. Diese Profile machen insgesamt einen Anteil von 5,4% der BSW-Wählerschaft aus. *Färbung der Balken* basiert auf Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2021.)

⁴ Konkret wird ein logistisches Regressionsmodell geschätzt, bei dem die abhängige Variable 1 ist, wenn in Panelwelle 26 eine Präferenz für den BSW vorliegt, und 0, wenn eine andere Partei bevorzugt wird. Unabhängige Variable ist die entsprechende Historie an Parteipräferenzen bei der Bundestagswahl 2021 und im Oktober 2023.

von der SPD bei der Bundestagswahl 2021 zur AfD im Oktober 2023 gewechselt sind. Personen mit dieser Wahlabsichtshistorie haben eine Wahrscheinlichkeit von etwa 35 % nun für das BSW zu stimmen. Betrachtet man die anderen Profile zeigt sich, dass es viele Profile mit einer relativ hohen Wahrscheinlichkeit für das BSW zu stimmen gibt, die im Oktober 2023 noch für die AfD stimmen wollten. Dies sind aber ausnahmslos Personen, die bei der Bundestagswahl 2021 noch nicht für die AfD gestimmt haben.

Um diesen Punkt nochmals zu verdeutlichen, zeigt Abb. 4 abschließend den Anteil der „früheren Wahlprofile“ innerhalb der jetzigen BSW-Wählerschaft. Auch hier wird deutlich, dass der größte Anteil (insgesamt 14 %) von jetzigen BSW-Wähler:innen aus früheren Die Linke-Wähler:innen besteht. Daneben ist jedoch auffällig, dass sehr viele Profile mit hohem Anteil an der BSW-Wählerschaft noch vor Kurzem mit der AfD sympathisierten. So sind bspw. ehemalige SPD-Wähler:innen, die im Oktober 2023 noch eine Wahlabsicht für die AfD angaben, die zweitgrößte Gruppe innerhalb der BSW-Wählerschaft (8,3 %). Somit bestätigt sich die aus Abb. 2 und 3 gezogene Annahme, dass das BSW insbesondere jene Personen anzieht, die sich erst kürzlich der AfD zugewendet haben. Ebenfalls zeigt sich der hohe Anteil an Wähler:innen, die bei der Bundestagswahl noch SPD wählten. Über alle Abbildungen hinweg zeigt sich außerdem, dass das BSW nur im geringen Maße Wähler:innen von den Grünen und der CDU/CSU abgezogen hat.

Die obigen Analysen haben den Wechsel zum BSW für alle Befragten analysiert. Im Online-Anhang des Artikels präsentiere ich zusätzlich die gleichen Analysen getrennt nach Ost- und Westdeutschland (siehe Abschnitt 3 des Online-Anhangs). Dies ist relevant, da das BSW in Ostdeutschland deutlich besser abschneidet als in Westdeutschland. Man kann daher die Frage stellen, ob sich die hier beschriebenen Muster zwischen ost- und westdeutschen Befragten unterscheiden. Es ist wenig überraschend, dass der Anteil an Befragten, die zum BSW gewechselt sind, in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland. Zusätzlich deuten die im Online-Anhang dargestellten Ergebnisse darauf hin, dass die oben beschriebenen Muster in Ostdeutschland etwas ausgeprägter sind als in Westdeutschland. Beispielsweise zeigen sich grundsätzlich ähnliche Muster zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich des Anteils von BSW-Wähler:innen an der ehemaligen AfD-Wählerschaft. Der Anstieg in diesem Anteil zwischen Bundestagswahl 2021 und Oktober 2023 fällt jedoch deutlich stärker im Osten als im Westen aus. Ebenfalls ist der Anteil derer, die seit der Bundestagswahl von der Linken zum BSW gewechselt sind in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland (über 40 % vs. 25 %). Gemessen an der früheren Wahlabsicht, setzt sich die BSW-Wählerschaft im Westen daher aus einer etwas heterogeneren Wählerschaft als in Ostdeutschland zusammen. Beispielsweise stellen zwar sowohl in Ost- als auch Westdeutschland Befragte, die bei der Bundestagswahl 2021 und im Oktober 2023 Die Linke wählen wollten, den größten Anteil innerhalb der BSW-Wählerschaft. Im Osten liegt dieser Anteil jedoch bei 17 % und im Westen nur bei 11 %.

Zusammenfassend lassen die Analysen folgende Schlüsse über die Herkunft der BSW-Wähler:innen zu:

1. Das BSW hat einen beachtlichen Teil der Kernwählerschaft der Linken abgezogen.
2. Ein erheblicher Anteil der SPD-Wählerschaft der Bundestagswahl 2021 ist zum BSW gewechselt. Dieser Wechsel erfolgte aber häufig nicht direkt von der SPD zum BSW. Die SPD hatte viele Wähler:innen bereits vor Oktober 2023 an andere Parteien verloren und von dort sind diese dann zum BSW gewechselt.
3. Das BSW hat den Umfragehöhenflug der AfD gestoppt und seit Oktober 2023 einen erheblichen Anteil derer gewonnen, die seit der Bundestagswahl 2021 zur AfD gewechselt sind. Die Kernwählerschaft der AfD – verstanden als jene, die auch schon bei der Bundestagswahl 2021 die AfD wählten – wurde aber nur im geringen Maße erreicht.
4. Insgesamt scheint das BSW insbesondere Wähler:innen angezogen zu haben, die über keine feste Parteibindung zu den anderen Parteien verfügen. Wie Abb. 3 zeigt, sind die Wahrscheinlichkeiten zur BSW zu wechseln durchweg sehr gering, wenn die Befragten sowohl bei der Bundestagswahl 2021 als auch im Oktober 2023 die gleiche Parteipräferenz hatten. Die einzige Ausnahme sind ehemalige Anhänger:innen der Linken. Aufgrund der deutlichen größeren Fallzahl an Befragten, die zu beiden Zeitpunkten die gleiche Wahlabsicht hatten, spielen diese Befragte im relativen Anteil innerhalb der BSW-Wählerschaft natürlich trotzdem eine Rolle.

4 Politische Einstellungen der BSW-Wähler:innen

Die vorherige Analyse zu den Parteiwechseln kann als erster Hinweis auf das Schließen einer Repräsentationslücke durch das BSW gesehen werden. Sowohl die Mobilisierung von Wähler:innen sonstiger Parteien und Nichtwählern spricht dafür als auch die zahlreichen Wechsel von ehemaligen Wähler:innen der etablierten Parteien, die zwischenzeitlich zur AfD gewechselt waren. Im Folgenden wird sich entsprechend des oben beschriebenen methodischen Vorgehens mit der Frage auseinandergesetzt, ob bzw. wie das BSW die inhaltlichen Positionen der Wähler:innen abbildet.

4.1 Einstellungen zum Sozialstaat

In Abb. 5 werden die Einstellungen der BSW-Wähler:innen und die Einstellung der Wähler:innen anderer Parteien, jeweils gruppiert, basierend auf der Wahlentscheidung der Wähler:innen bei der Bundestagswahl 2021, im Zeitverlauf dargestellt. Höhere Werte auf der y-Achse bedeuten eine stärkere Präferenz für mehr sozialstaatliche Leistung bei zugleich höheren Steuern, während niedrigere Werte eine Präferenz für geringere sozialstaatliche Leistungen und niedrigere Steuern implizieren. Die vertikalen Linien geben 90%-Konfidenzintervalle an. Aus Platzgründen werden die Ergebnisse für „Sonstige“ und „Nichtwahl“ bei der Bundestagswahl 2021 nicht dargestellt. Auf der x-Achse ist das Datum der jeweiligen Panelwelle angegeben.⁵

⁵ Dabei gilt es zu beachten, dass die Abstände auf der x-Achse gleich groß sind, auch wenn die zeitlichen Abstände zwischen den Panelwellen schwanken. Dies ist nicht ideal, aber eine Darstellung basierend

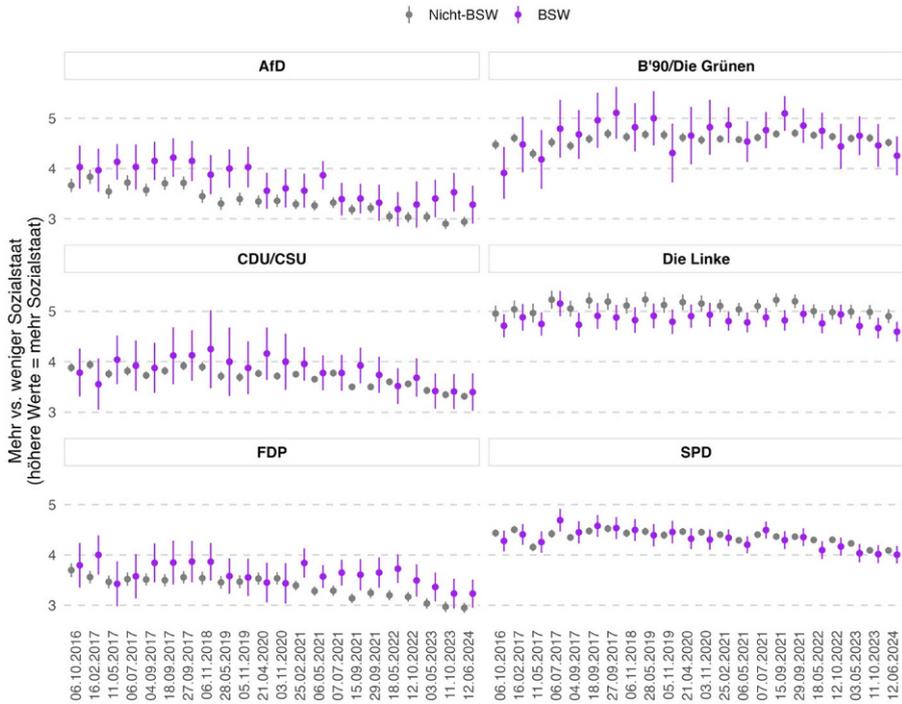


Abb. 5 Position zum Sozialstaat in verschiedenen Panelwellen, basierend auf Wahlabsicht für BSW im Juni 2024 und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 (Anmerkungen: Abbildung zeigt auf der y-Achse die geschätzte Zustimmung zu der Aussage, ob es mehr sozialstaatliche Leistung und höhere Steuern geben sollte oder weniger sozialstaatliche Leistungen und geringere Steuern. Theoretisch möglicher Wertebereich der y-Achse liegt zwischen 1 und 7. Werte sind aufgeteilt anhand der Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 (angegeben in den Spaltentiteln) und der Wahlentscheidung für (lila) oder gegen (grau) den BSW im Juni 2024. Bspw. zeigt die obere linke Abbildung, dass AfD-Wähler:innen der Bundestagswahl 2021, die nun das BSW wählen würden, eine etwas stärkere Präferenz für mehr sozialstaatliche Leistungen haben, als jene damalige AfD-Wähler:innen, die später nicht zum BSW gewechselt sind. Vertikale Linien sind 90%-Konfidenzintervalle, basierend auf geclusterten Standardfehlern. Die x-Achse zeigt das Datum der jeweiligen Panelwelle. Im Online-Anhang des Artikels sind die marginalen Effekte der BSW-Wahl (Differenz der geschätzten Werte zwischen BSW- und Nicht-BSW-Wähler:innen abgebildet).)

Die Ergebnisse sprechen in Teilen für das Schließen einer Repräsentationslücke. Betrachtet man die Gruppe der AfD-Wähler:innen bei der Bundestagswahl 2021, dann zeigt sich, dass diejenigen, die später zum BSW gewechselt sind, auch schon früher eine stärkere Präferenz für mehr sozialstaatliche Leistungen hatten als jene, die nicht zum BSW gewechselt sind. Die Effekte sind nicht in jeder Welle signifikant. Bei der Gruppe der CDU/CSU- und FDP-Wähler:innen zeigt sich letztlich das gleiche Bild: Die zum BSW gewechselten Wähler:innen hatten früher etwas linkere

auf den echten zeitlichen Abständen ist kaum sinnvoll darstellbar. Dies liegt daran, dass während des Wahlkampfes zahlreiche Panelwellen erhoben werden, während zu anderen Zeitpunkten deutlich weniger Panelwellen stattfinden.

Einstellungen hinsichtlich des Sozialstaats. Bei den Wähler:innen der Linken ist das Ergebnis hingegen umgekehrt. Diejenigen, die von Die Linke zum BSW gewechselt sind, hatten über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg kritischere Positionen zum Sozialstaat als diejenigen, die später nicht zum BSW gewechselt sind.⁶ Für Wähler:innen der Grünen und SPD zeigen sich keine Unterschiede zwischen späteren BSW-Anhänger:innen und den anderen Wähler:innen.

Insgesamt bedeutet dies: Bei den ökonomisch „rechteren“ Parteien, sind diejenigen zum BSW gewechselt, welche letztlich schon immer etwas linkere Positionen innerhalb der jeweiligen Wählerschaft hatten. Bei der in ökonomischen Fragen linken Partei, der Linken, sind hingegen diejenigen mit etwas „rechteren“ Positionen zum BSW gewechselt. Dies korrespondiert mit der Positionierung des BSW im Expert Survey (siehe Abb. 1), bei dem die ökonomische links-rechts Position des BSW rechts von Die Linke und links von CDU/CSU, AfD und FDP liegt. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass die Unterschiede zwischen BSW-Wähler:innen und Nicht-BSW-Wähler:innen nicht allzu stark ausfallen.

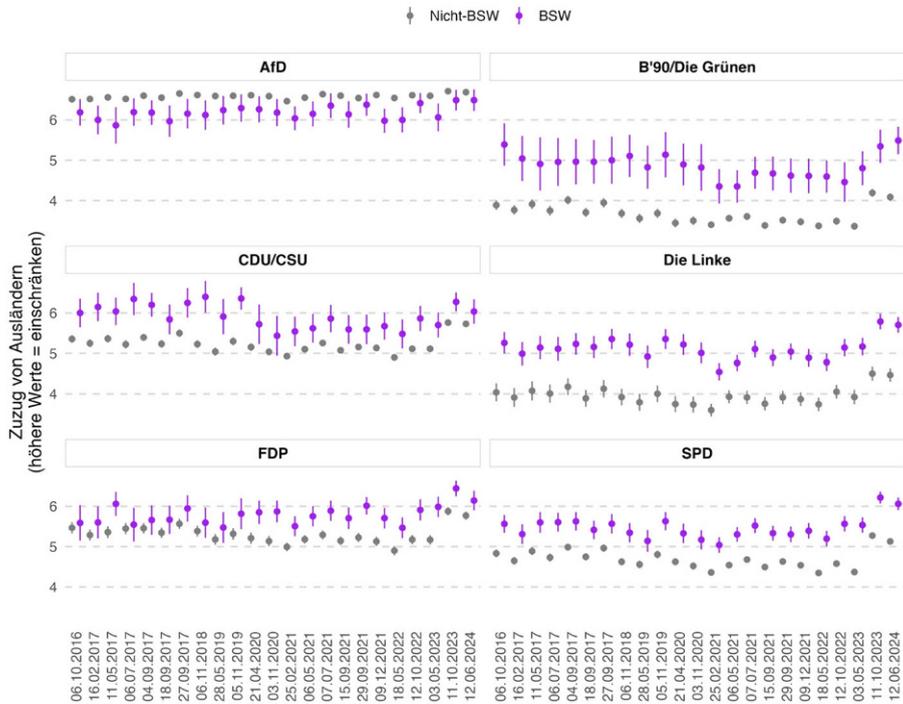


Abb. 6 Position zum Zuzug von Ausländer:innen in verschiedenen Panelwellen, basierend auf Wahlabsticht für BSW im Juni 2024 und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 (Anmerkungen: Theoretisch möglicher Wertebereich der y-Achse liegt zwischen 1 und 7. Für Modellinformationen siehe Anmerkungen zu Abb. 5.)

⁶ Die Unterschiede sind nicht in jeder Panelwelle signifikant, jedoch in den meisten (vergleiche Abbildung A1 im Online-Anhang).

4.2 Einstellungen zum Zuzug von Ausländer:innen

Das obige Vorgehen wird nun für die Einstellungen zum Zuzug von Ausländer:innen wiederholt. In Abb. 6 zeigen hohe Werte eine migrationskritische Position an, niedrige Werte hingegen eine migrationsfreundliche Position. Im Gegensatz zum Sozialstaat-Item zeigen sich hier eindeutige Unterschiede zwischen BSW-Wähler:innen und Nicht-BSW-Wähler:innen über alle Wählergruppen hinweg. Wähler:innen, die von der AfD zum BSW gewechselt sind, haben etwas moderatere – aber immer noch sehr kritische – Positionen als AfD-Wähler:innen, die nicht zum BSW gewechselt sind. Bei allen anderen Parteien ist das Muster umgekehrt: Die BSW-Wähler:innen sind und waren über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg deutlich migrationskritischer als die anderen Wähler:innen. Am stärksten ausgeprägt sind die Unterschiede für die Wähler:innen der Linken und der Grünen. Der Unterschied zwischen späteren BSW-Wähler:innen und Nicht-BSW-Wähler:innen liegt in diesen Gruppen in fast jeder Panelwelle bei über einem Skalenpunkt. Aber auch innerhalb der Wählerschaften der SPD, FDP und CDU/CSU sind die Unterschiede zwischen den beiden Wählergruppen erheblich.

Wichtig festzuhalten ist außerdem, dass sich das Maß an migrationskritischer Positionierung innerhalb der BSW-Wählerschaft unterscheidet, abhängig davon welche Partei die Befragten bei der Bundestagswahl 2021 gewählt haben. Die BSW-Wähler:innen, die früher AfD wählten, sind migrationskritischer als BSW-Wähler:innen, die früher SPD gewählt haben. Die BSW-Wähler:innen, die von den Linken und Grünen kommen sind in der Vergangenheit nochmals etwas weniger migrationskritisch gewesen (wenngleich auf insgesamt hohem Niveau).

Die festgestellten starken Unterschiede beim Thema Migration legen nahe, dass das BSW nicht über die Wirtschaftspositionen mobilisiert, sondern die unterschiedlichen Positionen in der Migrationspolitik ein gewichtigerer Faktor für den Wechsel zum BSW sind. Auch die deutlich kleineren Konfidenzintervalle im Vergleich zum Sozialstaat-Item stützen diese Schlussfolgerung.

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass die Wähler:innen des BSW auf der ökonomischen aber insb. auch auf der gesellschaftspolitischen Dimension – operationalisiert über Einstellungen zum Sozialstaat und Steuern bzw. den Zuzug von Ausländer:innen – schon immer distinkte Positionen eingenommen haben. Die Abweichungen der Wählerschaften korrespondiert dabei mit der Positionierung des BSW im politischen Raum. Ehemalige Wähler:innen der AfD weichen auf beiden Positionen links zur Kernwählerschaft der AfD ab, wenn sie nun dem BSW zuneigen. Bei den anderen Parteien tritt Gegenteiliges ein. Die jetzigen BSW-Wähler:innen weichen, gerade bei der Migrationspolitik, nach rechts ab. Diese Einstellungen haben sich nicht erst vor Kurzem entwickelt, sondern bestanden für den gesamten Beobachtungszeitraum. Damit scheint das BSW einen inhaltlichen Bedarf zu decken, der vorher nicht im Parteienwettbewerb abgebildet wurde.

4.3 Weitere Einstellungsunterschiede

Im Online-Anhang dieses Artikels werden zahlreiche weitere Einstellungen, basierend auf dem hier präsentierten Vorgehen analysiert. Dies umfasst Konzepte wie

die Zufriedenheit mit der Regierung, Einstellungen zur Einschränkung von Freiheitsrechten in Notlagen, Gleichstellung von Frauen, Klimaschutz, Antisemitismus, Skalometerbewertungen der Parteien und Europäische Integration. Bei nahezu allen Items finden sich signifikante Unterschiede zwischen BSW-Wähler:innen und Nicht-BSW-Wähler:innen, die in der Regel über die Zeit stabil sind. Hervorzuheben sind aber folgende Ergebnisse: Es zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen BSW- und Nicht-BSW-Wähler:innen bei der Links-Rechts-Selbstpositionierung. Innerhalb der früheren Wähler:innen der Linken bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen denen, die zum BSW gewechselt und jenen, die nicht zum BSW gewechselt sind. Bei den meisten anderen Parteien zeigen sich nur kleinere Unterschiede dahingehend, dass sich jetzige BSW-Wähler:innen als *linker* positionieren als jene, die nicht zum BSW gewechselt sind. Innerhalb der AfD-Wähler:innen bei der Bundestagswahl 2021 war dieser Effekt am stärksten. Die insgesamt geringen Unterschiede in der eigenen Links-Rechts-Einschätzung zwischen BSW- und Nicht-BSW-Wähler:innen sind vor dem Hintergrund der eindeutig unterschiedlichen Positionierung bei den oben beschriebenen politischen Themen, insbesondere der Migrationspolitik, auffällig. Die andere inhaltliche Positionierung der BSW-Wähler:innen überträgt sich anscheinend nicht in eine andere politische Selbstpositionierung. Wenn überhaupt, sahen sich BSW-Wähler:innen in der Vergangenheit als *linker* als jene, die nicht zum BSW gewechselt sind, obwohl die BSW-Wähler:innen häufig wirtschafts- und gesellschaftspolitisch rechttere Positionen eingenommen haben. Ausschließlich innerhalb der Gruppe der früheren AfD-Wähler:innen korrespondiert die linkere Einstellung der BSW-Wähler:innen vollständig mit der Positionierung bei spezifischen Themen.

Ein weiteres Thema, welches beachtet werden sollte, ist die Frage nach der geschlechtlichen Selbstbestimmung. Dieses Thema wurde in zwei Panelwellen (jeweils im Oktober 2022 und Oktober 2023) erhoben. Obwohl dies ein weiteres Thema ist, bei dem das BSW von anderen linken Parteien in der Positionierung abweicht – das BSW stimmte gegen das Selbstbestimmungsgesetz im Bundestag, während Linke, Grüne und SPD mit großer Mehrheit dafür votierten –, zeigen sich hier nur kleinere Unterschiede zwischen BSW-Wähler:innen und Nicht-BSW-Wähler:innen. Die gefundenen Unterschiede gehen aber in die zu erwartende Richtung, dass insb. innerhalb der früheren Wähler:innen linker Parteien die jetzigen BSW-Wähler:innen etwas kritischere Positionen einnehmen.

Ebenfalls erwähnenswert ist, dass die Wähler:innen des BSW bei der Frage, ob Juden in Deutschland zu viel Einfluss haben, signifikant höhere Zustimmungswerte zeigen als Nicht-BSW-Wähler:innen.⁷ Nur innerhalb der Gruppe der AfD-Wähler:innen bei der Bundestagswahl 2021 lassen sich diese Unterschiede zwischen BSW- und Nicht-BSW-Wähler:innen nicht finden.

Die Analysen zu den Einstellungen zum Sozialstaat bzw. Zuzug von Ausländer:innen habe ich außerdem auch auf mögliche Ost-West-Unterschiede geprüft.

⁷ Zu beachten ist hierbei, dass das allgemeine Niveau der Zustimmung zu der Aussage vergleichsweise niedrig ist und für alle betrachteten Gruppen im Mittelwert unter 3 liegt (auf einer Skala von 1 für „stimme nicht zu“ und 5 für „stimme voll zu“). Das Item wurde in der Welle vom Oktober 2023 und im Juni 2024 erhoben.

Diese Analysen sind jedoch mit erheblicher statistischer Unsicherheit verbunden, da hierfür eine Vierfach-Interaktion geschätzt werden muss. Die gefundenen Muster unterscheiden sich nur wenig zwischen Ost- und Westdeutschland. Das heißt: Sowohl für ost- als auch westdeutsche Befragte zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Einstellungen zum Zuzug von Ausländer:innen, wenn man BSW-Wähler:innen und Nicht-BSW-Wähler:innen vergleicht. Hingegen fallen die Unterschiede in Bezug auf die Einstellungen zum Sozialstaat schwächer aus.

5 Einstellungen zur Demokratie

Während die oberen Analysen sich insb. mit den inhaltlichen Positionen der BSW-Wähler:innen befasst haben, wird sich nun den grundsätzlicheren Einstellungen der Befragten zur Demokratie gewidmet. Zunächst wird die Zufriedenheit mit der Demokratie betrachtet und anschließend die populistischen Einstellungen.

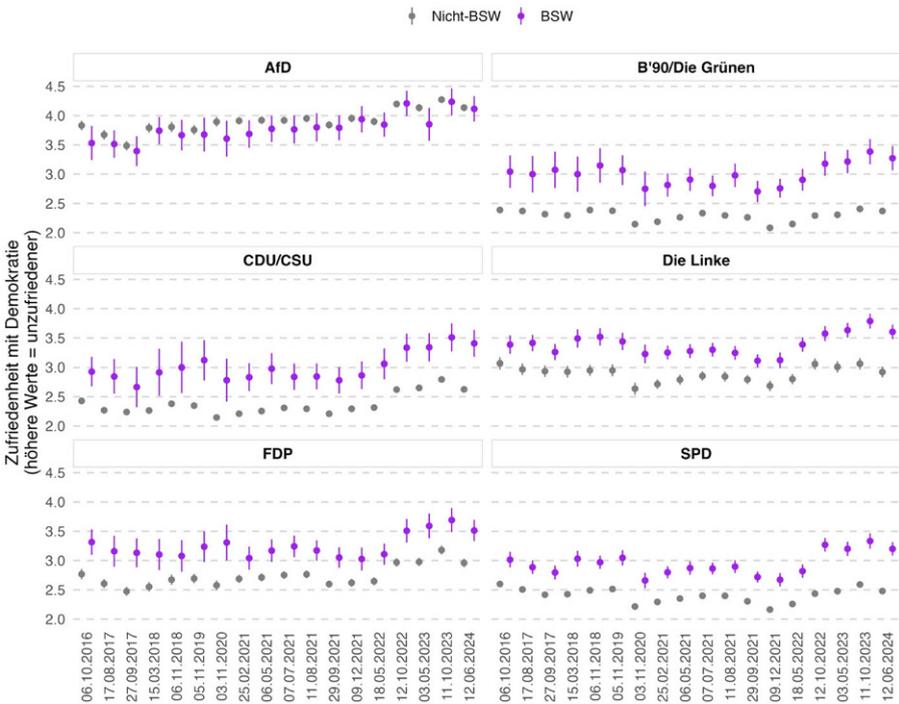


Abb. 7 Demokratiezufriedenheit in verschiedenen Panelwellen basierend auf Wahlabsicht für BSW im Juni 2024 und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 (Anmerkungen: Theoretisch möglicher Wertebereich der y-Achse liegt zwischen 1 und 5. Für Modellinformationen siehe Anmerkungen zu Abb. 5.)

5.1 Demokratiezufriedenheit

Die allgemeine Demokratiezufriedenheit ist ein wichtiger Faktor in der empirischen Demokratieforschung, der als Form der latenten Systemunterstützung verstanden wird (Norris 2011). Wie Abb. 7 zeigt, treten auch hier langjährig bestehende Unterschiede in der jetzigen Wählerschaft des BSW und den jeweils anderen Wählergruppen auf. Mit Ausnahme der AfD-Wähler:innen zeigten die heutigen BSW-Wähler:innen schon vor acht Jahren eine deutlich höhere Unzufriedenheit mit der Demokratie als die Wähler:innen, die nicht zum BSW wechselten. Das BSW deckt somit nicht nur eine inhaltliche Repräsentationslücke, sondern scheint auch eine Alternative für jene zu sein, die sich eine andere Funktionsweise des demokratischen Systems wünschen. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen und geradezu plausibel, dass dieser Befund und die inhaltliche Positionierung der BSW-Wähler:innen nicht unabhängig voneinander sind. Die fehlende inhaltliche Repräsentation könnte kausal für die Unzufriedenheit mit der Demokratie verantwortlich sein (Stecker und Tausenpfund 2016). Dieser Mechanismus kann an dieser Stelle aber nicht direkt aufgezeigt werden. Gegen diese These spricht, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie durch die BSW-Wähler:innen in der letzten Panelwelle nicht zugenommen hat, wenngleich sie sich nun durch das BSW besser repräsentiert fühlen sollten.

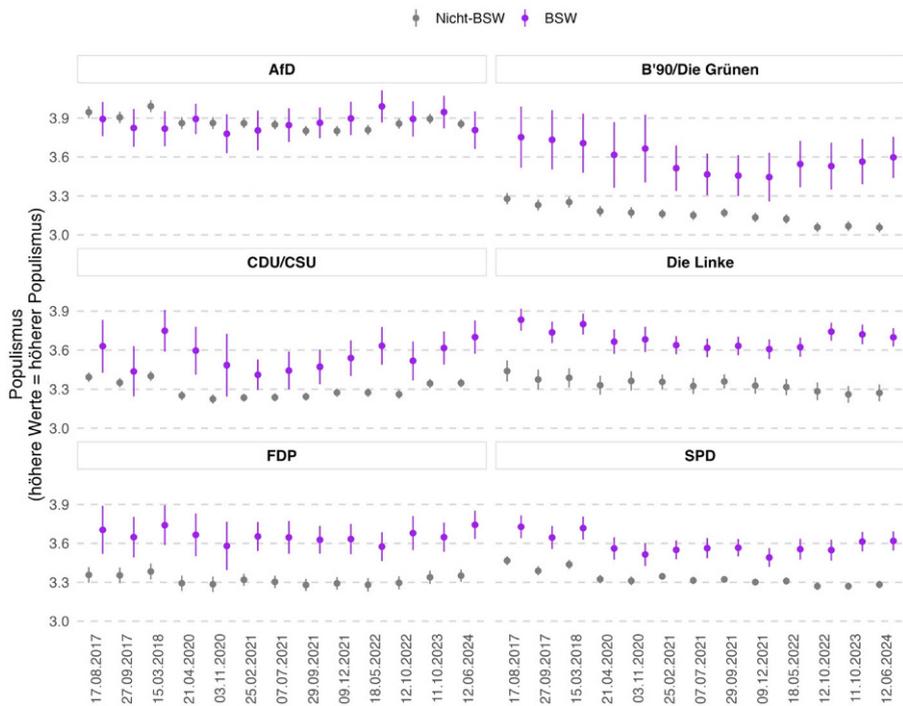


Abb. 8 Populistische Einstellungen in verschiedenen Panelwellen basierend auf Wahlabsicht für BSW im Juni 2024 und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 (Anmerkungen: Theoretisch möglicher Wertebereich der y-Achse liegt zwischen 1 und 5. Für Modellinformationen siehe Anmerkungen zu Abb. 5.)

5.2 Populistische Einstellungen

Abschließend werden auch die populistischen Einstellungen analysiert. Abb. 8 zeigt die Ergebnisse. Auch hier wird deutlich, dass die BSW-Anhänger:innen über den gesamten Beobachtungszeitraum in fast allen Wählergruppen ein höheres Populismustniveau hatten. Insbesondere bei ehemaligen Wähler:innen linker Parteien und der FDP zeigen sich starke Unterschiede. Hier liegen über den gesamten Beobachtungszeitraum signifikante Unterschiede von bis zu 0,5 Skaleneinheiten vor (bei einem Wertebereich von 1–5). Besonders interessant ist, dass anscheinend auch innerhalb der ehemaligen Linken-Wählerschaft die jetzigen BSW-Anhänger:innen als die deutlich populistischere Gruppe verstanden werden kann. Für die CDU/CSU-Wähler:innen bei der Bundestagswahl 2021 zeigen sich auch Unterschiede zwischen jetzigen BSW-Wähler:innen und den anderen Wähler:innen, diese fallen jedoch etwas schwächer aus. Aufgrund der geringen Fallzahl an Wechslern von der CDU/CSU zum BSW ist die statistische Unsicherheit recht groß bei diesem Vergleich, trotzdem sind viele der Differenzen signifikant.

Wie schon bei der Zufriedenheit mit der Demokratie zeigt sich, dass innerhalb der ehemaligen AfD-Wähler:innen keine Populismusunterschiede zu finden sind. Weder sind die Differenzen signifikant noch zeigen die Unterschiede in eine einheitliche Richtung. Dies lässt sich damit erklären, dass das populistische Auftreten des BSW gegenüber der AfD kein Distinktionsmerkmal darstellt und die von der AfD zum BSW wechselnden Wähler:innen somit eher von anderen Unterschieden zwischen den Parteien angezogen sind.

6 Fazit

Der vorliegende Beitrag hat anhand von Paneldaten die BSW-Wählerschaft auf zentralen Dimensionen des politischen Wettbewerbs verortet. Die bisherigen Wahl- und Umfrageergebnisse legen nahe, dass sich das BSW im deutschen Parteiensystem etablieren wird. Die Befunde der Analyse unterstreichen diese Einschätzung. Das BSW adressiert eine inhaltliche Leerstelle und ein populistisches Potenzial, welches von den meisten anderen Parteien nicht bereitgestellt werden kann. In der Migrationspolitik erweist sich das BSW als Alternative für jene, die zwar migrationskritisch sind, sich mit der radikalen/extremistischen Positionierung der AfD jedoch nicht anfreunden können. Bei wirtschaftspolitischen Themen ist das BSW weniger radikal als die Linke und tendiert eher zur Mitte. Wie dieser Artikel gezeigt hat, gab es schon seit Jahren in den Wählerschaften der anderen Parteien Personen, die genau solche Positionen vertreten haben und die nun zum BSW gewechselt sind. Diese Personen verfügen ebenfalls über eine stärker ausgeprägte populistische Grundhaltung, welche zusätzlich zur Identifikation mit dem BSW beitragen sollte.

Gegeben dieser Positionierung der Wählerschaft des BSW erscheint es fraglich, ob das BSW als „linke“ Partei bezeichnet werden sollte. Die Positionierung der BSW-Wählerschaft lässt einen solchen Schluss nur in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Positionen zu und hier auch nur im eingeschränkten Maße. Zu diskutieren ist auch, welche normativen Implikationen aus der möglichen Etablierung des

BSW im Parteiensystem folgen. Einerseits entspricht es der grundlegenden Funktionsweise repräsentativer Demokratien, dass Parteien in inhaltlicher Konkurrenz zueinanderstehen. Aus einem solchen Verständnis heraus ist das Schließen von Repräsentationslücken zunächst positiv zu bewerten. Zugleich zeichnet sich das BSW als auch dessen Wähler:innen durch eine populistische Grundhaltung aus, welche in einem Spannungsverhältnis zu zentralen Dimensionen der repräsentativen Demokratie steht (Mudde 2004). Auch wenn man das Aufkommen des Populismus eher als Symptom und nicht Ursache aktueller Krisendiskurse der repräsentativen Demokratie begreift (Manow 2020), trägt die Etablierung einer weiteren populistischen Partei nicht ohne Weiteres zur Stärkung der Demokratie bei (u. a. Kaltwasser 2011).

Weiterhin lassen die Befunde des Artikels den Schluss zu, dass das BSW zu einem Hauptkonkurrenten der AfD wird. Zwar gab es vergleichsweise wenige Wähler:innen, die bei der Bundestagswahl 2021 die AfD gewählt haben und nun zum BSW gewechselt sind. Das BSW hat aber viele Wähler:innen erreicht, die nach der Bundestagswahl 2021 eine Wahlabsicht für die AfD entwickelt haben. Wie in diesem Artikel gezeigt werden konnte – und wie sich bereits aus den Veränderungen in den Umfragen vermuten ließe –, hat das BSW den Umfragehöhenflug der AfD gestoppt und ihnen somit erheblich Wählerstimmen abgenommen. Durch die etwas moderate Position in der Migrationspolitik könnte es zukünftig sein, dass Wähler:innen, die sich von den etablierten Parteien abwenden, zuerst Richtung BSW und nicht AfD orientieren. Die weniger linke Positionierung bei wirtschaftlichen Themen ließe sich vor diesem Hintergrund auch als strategische Entscheidung verstehen, um potenzielle migrationskritische Wähler:innen nicht durch allzu radikale Positionen auf der ökonomischen Dimension zu verlieren.

Für die anderen Parteien stellt das BSW ebenfalls eine Herausforderung dar. Insbesondere Die Linke und SPD haben ehemalige Wähler:innen an das BSW verloren. Besonders herausfordernd für diese Parteien ist, dass BSW-Anhänger:innen die Partei nicht aus Trotz wählen, sondern weil die inhaltlichen Positionen als auch das populistische Profil des BSW ihre Einstellungen besser repräsentieren. Um diese Einstellungen zu bedienen, müssten die anderen Parteien ihre eigenen Positionen anpassen und vermutlich auch das populistische Profil des BSW adressieren. Dass solche Adaptionenversuche höchst problematisch sind und in der Regel nur geringe Erfolgchancen aufweisen, hat die Forschung bereits an mehreren Stellen dargelegt (Chou et al. 2021; Krause et al. 2023).

Zusatzmaterial online Zusätzliche Informationen sind in der Online-Version dieses Artikels (<https://doi.org/10.1007/s11615-024-00583-6>) enthalten.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Hinweis zur Reproduzierbarkeit Alle Skripte zur Reproduktion der Ergebnisse sind über das Harvard Dataverse abrufbar: <https://doi.org/10.7910/DVN/FHS3A7>. Die Daten sind nach Registrierung über die GESIS abrufbar. Alle Analysen wurden mittels R (Version 4.3.3) durchgeführt.

Interessenkonflikt M. Jankowski gibt an, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ord-

nungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Akerman, Agnes, Cas Mudde, und Andrej Zaslove. 2014. How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies* 47(9):1324–1353.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller, und Donald E. Stokes. 1960. *The American voter*. Chicago: University of Chicago Press.
- Chou, Winston, Rafaela Dancygier, Naoki Egami, und Amaney A. Jamal. 2021. Competing for loyalists? How party positioning affects populist radical right voting. *Comparative Political Studies* 54(12):2226–2260.
- Emmler, Helge, und Daniel Seikel. 2024. *Wer wählt „Bündnis Sahra Wagenknecht“?* WSI Report, Bd. 94. Düsseldorf: Hans-Böckler Stiftung.
- GLES. 2023. *GLES Panel 2016–2021, Wellen 1–21*. Köln: GESIS. <https://doi.org/10.4232/1.14114.ZA6838> Datenfile Version 6.0.0.
- Hillen, Sven, und Nils D. Steiner. 2020. The consequences of supply gaps in two-dimensional policy spaces for voter turnout and political support: the case of economically left-wing and culturally right-wing citizens in western Europe. *European Journal of Political Research* 59(2):331–353.
- Hooghe, Liesbet, Gary Marks, Ryan Bakker, Seth Jolly, Jonathan Polk, Jan Rovny, Marco Steenbergen, und Milada Anna Vachudova. 2024. The Russian threat and the consolidation of the west: how populism and EU-skepticism shape party support for Ukraine. *European Union Politics* <https://doi.org/10.1177/14651165241237136>.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira. 2011. The ambivalence of populism: threat and corrective for democracy. *Democratization* 19(2):184–208.
- Krause, Werne, Denis Cohen, und Tarik Abou-Chadi. 2023. Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties. *Political Science Research and Methods* 11(1):172–179.
- Leeper, Thomas J., und Rune Slothuus. 2014. Parties and motivated reasoning. *Political Psychology* 35(1):129–156.
- Lenz, Gabriel S. 2012. *Follow the leader? How voters respond to politicians' policies and performance*. Chicago: University of Chicago Press.
- Manow, Philip. 2020. *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Marcos-Marne, Hugo, Carolina Plaza-Colodro, und Kirk A. Hawkins. 2020. Is populism the third dimension? The quest for political alliances in post-crisis Spain. *Electoral Studies* 63.
- Mudde, Cas. 2004. The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39(4):541–563.
- Norris, Pippa. 2011. *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. Cambridge University Press.
- Roose, Jochen. 2024. *Öfter mal was Neues? Repräsentative Umfrage zu den Wählerinnen und Wählern der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)*. Berlin: Konrad Adenauer Stiftung. Monitor Wahl- und Sozialforschung (Juni 2024).
- Roßteutscher, Sigrid, Marc Debus, Thorsten Faas, und Harald Schoen. 2024. *GLES Panel 2024, Welle 26*. Köln: GESIS. <https://doi.org/10.4232/1.14349.ZA7732> Datenfile Version 1.0.0.
- Stecker, Christian, und Markus Tausenpfund. 2016. Multidimensional government-citizen congruence and satisfaction with democracy. *European Journal of Political Research* 55(3):492–511.
- Steiner, Nils D., und Sven Hillen. 2021. Vote choices of left-authoritarians: misperceived congruence and issue salience. *Electoral Studies* 70(1):102280. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2021.102280>.
- Steiner, Nils D., und Claudia Landwehr. 2018. Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie. *Politische Vierteljahresschrift* 59(3):463–491.

- Thomeczek, J. Philipp. 2024a. Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): left-wing authoritarian—and populist? An empirical analysis. *Politische Vierteljahresschrift* 65(3):535–552.
- Thomeczek, J. Phillip. 2024b. The voting potential of Bündnis Sarah Wagenknecht. *Political Studies Review* im Erscheinen. <https://doi.org/10.1177/14789299241264975>.
- Thomeczek, J. Philipp, L. Constantin Wurthmann, and Christian Stecker. 2024. *GEPARTEE—German parties before the European elections 2024*. Harvard Dataverse, Bd. V1 <https://doi.org/10.7910/DVN/7PBJS9>.
- Wagner, Sarah, L. Constantin Wurthmann, and J. Philipp Thomeczek. 2023. Bridging left and right? How Sahra Wagenknecht could change the German party landscape. *Politische Vierteljahresschrift* 64(3):621–636.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.